

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Georg Eisenreich, Karl Frel-ler, Heinz Donhauser, Manfred Ländner, Eduard Nöth, Berthold Rüth, Peter Schmid, Kerstin Schreyer-Stäb-lein, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Hans Herold, Josef Zellmeier** CSU,

**Thomas Hacker, Renate Will, Karsten Klein** und **Frakti-on (FDP)**

Drs. 16/17759, 16/17829

### Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag hat im Dezember 2009 begonnen, den Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention für Bayern umzuset-zen. Die Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unter-richtsgesetzes (BayEUG), das am 1. August 2011 in Kraft trat, schafft wichtige Grundlagen für eine inklusive Schul-entwicklung:

- Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen.
- Die bisherige Voraussetzung der aktiven Teilnahme entfällt.
- Alle Kinder und Jugendlichen haben grundsätzlich Zu-gang zur allgemeinen Schule. Eltern entscheiden, ob ihr Kind die Regelschule oder ein Förderzentrum besucht.
- Schulen können das „Schulprofil Inklusion“ entwi-ckeln.
- Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurden bislang pro Schuljahr jeweils 100 Planstellen für Inklusion bereitgestellt.

Neben allen bisherigen Formen des Unterrichts von Kin-dern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf ha-ben neu 86 Schulen ein Schulprofil Inklusion entwickelt. Rund 16.000 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädago-gischer Förderung besuchten im Schuljahr 2011/2012 die Regelschule.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, im Rahmen der nach dem jeweiligen Staatshaushalt hierfür zur Verfö-gung gestellten Stellen und Mittel den Bayerischen Weg der Inklusion durch eine Vielfalt schulischer Angebote mit folgenden Maßnahmen voranzutreiben:

- Weiterentwicklung eines schulartspezifischen Fortbil-dungskonzepts (mit Angeboten zur Entwicklung inklu-siven Unterrichts und Angeboten für spezifische För-derbedarfe) für Lehrkräfte aller Schularten;
- Intensivierung des Themas Inklusion in der Lehrerbil-dung;
- Bericht über die Ergebnisse des runden Tisches Inku-sion zum Thema Schulbegleitung;
- Stärkere Verknüpfung aller am Inklusionsprozess betei-ligten Schulabteilungen im Staatsministerium für Un-terricht und Kultus;
- Weiterentwicklung des schulischen Beratungssystems bezüglich des Themas Inklusion;
- Prüfung, ob und inwieweit neue Formen der Leistungs-erhebung im inklusiven Unterricht eingesetzt werden sollen;
- Ermöglichung des Profils Inklusion auch für Förder-schulen.

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident